

II-4210 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN
GZ. 11 0502/338-Pr.2/91

1010 WIEN, DEN 17. Dezember 1991
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

1740/AB
1991 -12- 18
zu 1790 JJ

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Rudolf Anschöber und Genossen vom 23. Oktober 1991, Nr. 1790/J, betreffend Einführung der Lehrlings- bzw. Auszubildendenfreifahrt, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 2. und 4.:

Die in der Anfrage angesprochenen Angelegenheiten fallen nicht in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen. Das Bundesministerium für Finanzen verfügt auch über keine Zahlen über die derzeit in Österreich in einer beruflichen Ausbildung stehenden Jugendlichen. Ich kann daher dazu nicht Stellung nehmen und ersuche, die gestellten Fragen an die für die Regelung dieser Materie zuständigen Ressorts zu richten.

Zu 3.:

Da bis dato kein Gesetzesentwurf über die Einführung von Lehrlingsfreifahrten vorliegt, kann weder eine Aussage über die Höhe von budgetären Mehrkosten getroffen noch im Hinblick auf das Erfordernis der doppelten gesetzlichen Bedingtheit der Staatsausgaben dafür budgetär vorgesorgt werden. Ich ersuche hiefür um Verständnis.

Beilage



BEILAGE

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Einführung der Lehrlings- bzw. Auszubildendenfreifahrt

Am 26. Juni 1991 wurde von der Österreichischen Gewerkschaftsjugend in der Parlamentsdirektion und damit den Parteien eine Bürgerinitiative mit rund 2000 Unterschriften für Lehrlings- bzw. Auszubildendenfreifahrt überreicht. Aufgrund der absolut niedrigen Lehrlingsentschädigung, vor allem im 1. Lehrjahr mit rund S 3.500,--, stellt die Anfahrt für Lehrlinge bzw. für Auszubildende eine schwere finanzielle Belastung dar. Im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP wurde im Herbst 1990 die Einführung der Lehrlingsfreifahrt für diese Legislaturperiode angekündigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Finanzen folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wieviele Jugendliche sind in Österreich derzeit hinsichtlich fehlender Freifahrt schlechter gestellt als die Jugendlichen, die eine Schülerfreifahrt in Anspruch nehmen können?
2. Wann beabsichtigt der Finanzminister die im Koalitionsübereinkommen angekündigte Einführung der Lehrlingsfreifahrt?
3. Welche Zusatzkosten budgetiert der Finanzminister für diese Lehrlingsfreifahrten?
4. Kann der Finanzminister garantieren, daß in diesem Punkt das Arbeitsübereinkommen der Koalition eingehalten wird und daß die Lehrlingsfreifahrt spätestens bis zum Ende dieser Legislaturperiode fixiert wird?